

Wie viel Missbrauch gab es in der evangelischen Kirche?

In der Aufarbeitung steht die evangelische Kirche ganz am Anfang – und das 13 Jahre nachdem sexualisierte Gewalt durch Geistliche ein großes Thema wurde. Eine deutschlandweite Studie soll es richten. Doch wenige Monate vor ihrem Erscheinen herrscht Zahlenchaos. Nur eines wird deutlich: Protestanten zahlen Betroffenen noch weniger als Katholiken **VON RAOUL LÖBBERT**

Knick in der Optik:
Die Aufarbeitung verändert auch das Bild der evangelischen Kirche.

Da steht Kirsten Fehrs auf der Bühne des Congress Centers in Würzburg und ringt mit ihren Gefühlen. Oft zittert ihre Stimme. Dann zwingt sich die evangelische Bischöfin im Sprengel Hamburg und Lübeck, die Fassung zu bewahren. Man kann sich diese Szene vom 13. November 2018 auf YouTube ansehen. Damals hat Kirsten Fehrs der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland berichtet, was im Umgang mit sexualisierter Gewalt noch schiefläuft bei den Protestanten. 53 Minuten redet Fehrs. Ihre Worte sind eindringlich, der Ton predigthaft. So will sie die Synode, das oberste EKD-Gremium, dazu bringen, endlich zu akzeptieren, dass nicht nur die Katholiken ein Missbrauchsproblem haben.

Und am Ende bringt Fehrs die Synoden-Mitglieder tatsächlich dazu, ihrem Elf-Punkte-Plan zuzustimmen. Ziel des Ganzen ist es, alle Präventions- und Aufklärungsbemühungen deutschlandweit zu strukturieren und zu professionalisieren. Ein Punkt: Eine deutschlandweite Studie soll erstmals umreißen, wie groß das evangelische Missbrauchsproblem ist. Dazu sollte man wissen: Drei Wochen zuvor, im September 2018, haben es die Katholiken vorgemacht. Forscher der Universitäten Mannheim, Heidelberg und Gießen stellten eine groß angelegte Missbrauchsstudie im Auftrag der katholischen Bischöfe vor. Die MHG-Studie, wie sie seitdem heißt, ergab, dass es seit dem Zweiten Weltkrieg mindestens 3677 Missbrauchsbedingte sowie 1670 beschuldigte Kleriker gegeben hat. Und auch wenn diese Studie vieles ausklammerte, was wichtig ist – etwa den Missbrauch in Einrichtungen der Caritas und in den katholischen Orden –, setzte sie 2018 die evangelische Kirche

unter Druck. Schließlich will man dort besser sein als das konfessionelle Gegenüber.

Danach dauerte es noch einmal zwei Jahre, bis ein Verbund von Wissenschaftlern verschiedener Universitäten unter dem Stichwort »ForuM« damit beginnen konnte, die Missbrauchsfälle in evangelischen Landeskirchen und Diakonie zu untersuchen. Dafür wurden 3,6 Millionen Euro bewilligt. In diesem Herbst sollen die Forscher, wie die EKD bereits 2020 angekündigt, die Ergebnisse vorstellen. Das verspricht interessant zu werden. Denn anders als bei den Katholiken, wo zuletzt immer mehr Bistümer ihre Missbrauchsfälle begutachten ließen, existiert im Bereich der evangelischen Kirche so gut wie nichts Repräsentatives und Aussagekräftiges. Lediglich über die Fälle auf dem Gebiet der ehemaligen Nordelbischen Landeskirche liegt eine Studie von 2014 vor. Und dann gibt es noch einen Bericht über die Betroffenenkontakte von »help«, der zentralen Anlaufstelle für Betroffene von sexualisierter Gewalt in der evangelischen Kirche und in der Diakonie, von Juli 2022. Auch

deshalb warf Kerstin Claus, die Unabhängige Beauftragte der Bundesregierung für Fragen sexuellen Missbrauchs, der EKD in der »Frankfurter Allgemeinen« im Sommer eine schleppende Aufarbeitung vor.

Doch nun soll mit ForuM im Herbst alles anders werden. Entscheidend dafür ist, dass Landeskirchen und Diakonie zuvor ihre Arbeit machen, Personalakten auswerten, Verdachtsfälle identifizieren, Betroffene ermitteln. Nur auf dieser Basis können die ForuM-Wissenschaftler Aussagen über die Dimension des Problems in der evangelischen Kirche machen. »Wir wollen das Hellfeld, also vor allem die in den Landeskirchen bekannten Fälle, systematisch beleuchten und erfassen«, erklärt Martin Wazlawik, ForuM-Sprecher und Professor für Soziale Arbeit an der Hochschule Hannover. »Dafür haben wir den Landeskirchen und der Diakonie umfangreiche Fragebögen geschickt.«

Besonders interessieren sich die Forscher für detaillierte Angaben zu den Betroffenen, den Beschuldigten sowie die Zahl der bekannten Verdachtsfälle. Dabei geht es nicht nur um sexuellen Missbrauch im strafrechtlichen Sinne, sondern auch um sexualisierte Gewalt, etwa sexuelle Belästigung. Bis Ostern läuft nun die Frist, die das Forscherteam Landeskirchen und Diakonie gesetzt haben.

Aber wie weit ist die Aufklärung schon jetzt? Um dies zu klären, hat Christ&Welt allen 20 Landeskirchen sowie der EKD-Pressestelle eine Fragenliste zugesandt: Wie viele Betroffene haben sich seit dem Jahr 2010 bei Ihrer Landeskirche gemeldet und einen sexuellen Missbrauch angegeben? Wie viele Anträge auf Anerkennungsleistungen wurden gestellt und positiv beschieden? Wie hoch ist die Summe der in Ihrer Landeskirche insgesamt ausgezahlten Anerkennungsleistungen? Und: Wie viele Missbrauchsverdachtsfälle gab es

seit 1958? Die Jahreszahl 1958 bezieht sich auf einen Bericht zum Stand der Aufarbeitung, den die Berlin-Brandenburger Landeskirche im November vorstellte. Man habe 27 Fälle ermittelt, hieß es damals. Es geht also nicht um Geheimwissen. Alle katholischen Bistümer veröffentlichen vergleichbare Zahlen seit Jahren.

Die gute Nachricht zuerst: Alle evangelischen Landeskirchen bis auf Schaumburg-Lippe haben unsere Fragen beantwortet. Zudem kommt die Archivrecherche in Berlin offensichtlich voran. Seit November hat sich dort die Zahl der Verdachtsfälle auf »unter 50« vermehrt, erklärt eine Sprecherin.

Erstes Ergebnis: Jeder zählt, was er will

Besonders uneinheitlich ist das Bild bei unserer Frage nach den Verdachtsfällen. Einige Befragte machen wie erhofft bereitwillig Angaben. So sind in Bayern 202 Verdachtsfälle aus Landeskirche und Diakonie bislang bekannt, in Baden 92. In der Landeskirche Rheinland dagegen zählt man nur die 39 Landeskirchen-Fälle, nicht jedoch die in Einrichtungen der Diakonie. Auch bleiben »ehrenamtlich oder beruflich Mitarbeitende in den Kirchenkreisen« im Rheinland unberücksichtigt. Andere Landeskirchen wiederum, etwa die Lippische (4 Fälle), die in der Pfalz (39 Fälle) oder in Kurhessen-Waldeck (40 Fälle) schlüsseln nicht auf, was sie genau gezählt haben. Und in Sachsen sitzt man auf den Zahlen, als wär's der Dresdner Grüne Diamant: Eine Angabe von Zahlen für die Vergangenheit sei »(noch) nicht möglich«, schreibt eine Sprecherin. Ebenso in Mitteldeutschland: »Diese Zahl ist z. Z. unbekannt.« Und auch in der Nordkirche: »Dazu liegen keine genauen Zahlen vor.« Letzteres ist bemerkens-

wert. Die Nordkirche ist nicht irgendeine Landeskirche. Dort ist Kirsten Fehrs Bischöfin. Und die steht seit dem 13. November 2018 wie sonst niemand in der evangelischen Kirche für Aufarbeitung. Davon abgesehen entstand die Nordkirche 2012 aus dem Zusammenschluss der Nordelbischen, der Pommerschen und der Mecklenburgischen Landeskirche. Als Rechtsnachfolgerin spricht die Nordkirche für drei Landeskirchen. Will sie dreifach von nichts wissen?

21.287

Diesen Betrag in Euro haben die katholischen Bistümer im Schnitt an Betroffene bezahlt.

Eine andere Außendarstellung wählt man in Oldenburg und Westfalen. Hier vertraut man blind auf ForuM. Verdachtsfälle: »Diese Zahl wird derzeit im Rahmen der wissenschaftlichen Studie (...) ermittelt«, heißt es aus Oldenburg. Und in Westfalen ist man gespannt, was die Wissenschaftler tun: »Im Rahmen der laufenden Studie ForuM werden zurzeit die Daten von Verdachtsfällen oder tatsächlich erfolgten Fällen sexualisierter Gewalt in den zurückliegenden Jahren erhoben. Wir warten auf die Ergebnisse dieser Studie.« Dabei sind es die ForuM-Leute um Martin Wazlawik, die auf die Ergebnisse aus den Landeskirchen warten.



Foto: DigitalVision/Getty Images [?]

Gleich mehrfach werden im akademischen Gutachterton evangelische Lebenslügen geschreddert.

In manchen Kirchen betont man die Komplexität der Materie, wohl um sich dahinter zu verstecken. »Die Recherchen dazu laufen«, beteuert man in Württemberg. »Dazu gehört zum Beispiel die sehr aufwendige, händische Sichtung sämtlicher Personalakten von Pfarrerinnen und Pfarrern.« Darauf, dass die Aufgabe groß ist und man sie in Württemberg womöglich als Zumutung empfindet, deutet hin, dass die Worte »sämtliche Personalakten« gefettet sind. Oder nehmen wir Hannover. Dort erstellt man seit Frühjahr 2022 »erstmal eine vollständige Übersicht sämtlicher seit 1945 bekannt gewordener Fälle«. Erstaunlich: Die Missbrauchsfälle am Berliner Canisius-Kolleg und an der Odenwaldschule wurden bereits vor mehr als einem Jahrzehnt enthüllt. Die Antwort aus Hannover jedoch wirkt, als sei man im Frühjahr 2022 von der Aufarbeitung überrascht worden und müsse nun den Missbrauchsbeauftragten ins Archiv schicken, um von ein paar Aktenregalkilometern den Staub zu fegen. Die Folge des Ganzen: Konfusion, ein Wildwuchs aus Zahlen. Nichts ist vergleichbar, deshalb fehlt die Aussagekraft. Aber auch das ist eine Aussage.

Zweites Ergebnis: Gezählt wird nur, wer sich an die Regeln hält

Ein EKD-Sprecher erklärt: »Die Anerkennungskommissionen der Landeskirchen haben der EKD insgesamt 757 gestellte Anträge auf Anerkennungsleistungen gemeldet.« Von diesen wurden angeblich 718 positiv beschieden. Unsere Frage nach den bekannten Verdachtsfällen allerdings lässt der Sprecher genauso unbeantwortet wie die nach den Betroffenen, die seit 2010 einen Missbrauch gemeldet haben. Dabei dürfte sowohl die Zahl der Fälle wie auch die der Betroffenen deutlich größer sein als die der Anträge. Darauf deuten etwa die Zahlen aus Bayern hin. Dort gab es »nur« 65 Anträge bei 202 Verdachtsfällen. Ähnlich verhält es sich in der katholischen Kirche: Dort wurden bis Ende vergangenen Jahres 1839 Anträge auf Anerkennungsleistungen gestellt. Bereits 2018 waren aber mindestens 3677 Verdachtsfälle bekannt. Und viele Bistümer haben seitdem ihre Fallzahlen deutlich nach oben korrigiert.

34.265

Diesen Betrag in Euro bekamen Betroffene im Schnitt in Kurhessen-Waldeck.

Die Diskrepanz hat Gründe. Der wichtigste lautet: Wer tot ist, kann keinen Antrag stellen. Viele Meldungen beziehen sich auf Jahrzehnte zurückliegende Fälle. Oft sind die Betroffenen verstorben oder nicht mehr auffindbar. Ein weiterer Grund: Viele noch lebende Betroffene haben jedes Vertrauen in die Institution Kirche verloren. Sie wollen oder können das kirchliche Anerkennungssystem nicht durchlaufen. Wirrwarr und Nichtwissen aufseiten der Institution tun das Übrige. Erstaun-

lich: In EKD und Landeskirchen schweigt man über vieles und zählt nur Betroffene, die den Weg durch die Institutionen auf sich nehmen.

Drittes Ergebnis: Einfach mal irgendwas behaupten

Beispiel Sachsen – hier wird die Sprecherin angesichts der Frage nach der Höhe der insgesamt ausbezahlten Anerkennungsleistungen richtiggehend kreativ: »Über die Inanspruchnahme und Höhe von Zahlungen«, schreibt sie, »können wir aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes keine Auskunft geben.« Nach individuell gezahlten Leistungen hatten wir allerdings auch nicht gefragt. Uns ging es um die Summe. Gegen wessen Persönlichkeitsrechte sollte die verstößen? Immerhin wurden 39 Anträge auf Anerkennungsleistung in Sachsen »bearbeitet«, wie die Sprecherin dann doch verrät. Mit den rechtlichen Bedenken jedenfalls steht Sachsen allein da. Ausgerechnet die Frage nach den insgesamt gezahlten Anerkennungsleistungen haben alle anderen Landeskirchen beantwortet.

4920

Diesen Betrag in Euro billigte die badische Landeskirche durchschnittlich Betroffenen zu.

Nächstes Beispiel: Anhalt. In dieser Landeskirche bleibt man selbst auf Nachfrage dabei: kein Verdachtsfall, nirgends. Doch hat man in Anhalt wohl nicht die Evaluation der zentralen Anlaufstelle »help« gelesen. Deren Gründung regte Fehrs 2018 in Würzburg übrigens an. Zwar machten nur 140 Betroffene, mit denen die Mitarbeiter von »help« in drei Jahren in Kontakt standen, Angaben zum »übergeordneten Verantwortungsbereich«, in dem die Taten stattfanden, doch ist das zugehörige Balkendiagramm in der »help«-Auswertung eindeutig: Mindestens einen Verdachtsfall gab es wohl in Anhalt. Wie konnte man den in der zuständigen Landeskirche übersehen?

Viertes Ergebnis: Protestantische Funktionäre sind (mitunter) geizig

Am Kölner Landgericht findet derzeit ein wichtiger Prozess statt. Da verklagt ein Missbrauchsopfer das Erzbistum Köln auf Schmerzensgeld und fordert 805.000 Euro. Und der Katholik könnte tatsächlich eine sechsstelligen Summe bekommen, wie der Richter bereits durchblicken ließ (Christ&Welt, Nr. 52/2022). Das Problem: Bislang hat die katholische Kirche nur freiwillige Anerkennungsleistungen von durchschnittlich 21.287 Euro gezahlt, und das bei 606 bewilligten Anträgen bis Ende 2021, macht 12,9 Millionen Euro insgesamt. Viel zu wenig, wie Opfervertreter und Schmerzensgeldexperten kritisieren. Anders als in der katholischen Kirche, wo eine Kommission für alle Bistümer über die Anerkennungsleistungen befindet, macht bei den Protestanten jede

Landeskirche ihr eigenes Anerkennungsding. Viele Kommissionen machen die Sache allerdings nicht besser, auch das beweist unsere Umfrage. So wurden in Baden bislang an 56 Betroffene insgesamt 275.000 Euro ausgeschüttet, gerade mal 4920 Euro im Schnitt. Das reicht kaum, um einen rostfreien Gebrauchtwagen zu kaufen. Großzügiger war man dagegen in Kurhessen-Waldeck (34.265 Euro) und in der Nordkirche von Kirsten Fehrs (zirka 23.000 Euro). Das Gesamtergebnis bleibt blamabel. Alle Landeskirchen zusammen haben bis Ende 2021, sagt der EKD-Sprecher, 9,6 Millionen Euro für 718 Betroffene bewilligt. Das macht 13.370 Euro pro Fall. 2018 findet Fehrs in Würzburg für Aha-Momente dieser Art die passende Formulierung: »Unfassbar, dass so etwas in der Kirche vorkommt.« Doch warum ist das eigentlich immer noch so?

Verusch einer Erklärung

Schauen wir uns das Studienmaterial an, das vorliegt. Nehmen wir die Studie zur ehemaligen Nordelbischen Landeskirche von 2014. Zustände kam sie, weil Bischöfin Maria Jepsen, die Vorgängerin von Kirsten Fehrs in Hamburg, im Jahr 2010 wegen eines evangelischen Missbrauchsfalls in Ahrensburg überraschend zurücktrat. Die mit der Aufarbeitung beauftragte Expertenkommission aus Juristen, Sozial- und Erziehungswissenschaftlern nutzte den Moment. Bei der Vorstellung ihrer Ergebnisse im Jahr 2014 erklärte sie am Beispiel der Nordelbischen Landeskirche das große evangelische Ganze. Ein Problem, stellt die Studie fest, sind die demokratisch-föderalen Strukturen in der evangelischen Kirche. »Ebenso wie Institutionen mit sehr ausgeprägten starren Hierarchien ein erhöhtes Risiko haben, zum Tatort sexualisierter Gewalt zu werden«, heißt es auf Seite 237, »besteht ein solches auch bei Institutionen mit einem Leitungs-vakuum.« Zwei Seiten weiter werden die Forscher sogar noch deutlicher und sprechen von »verwahrlosten institutionellen Strukturen« innerhalb des organisierten Protestantismus.

Das ist hart, aber noch härter sind die sachlichen Bestandsaufnahmen. Gleich mehrfach werden im akademischen Gutachterton evangelische Lebenslügen geschreddert. So glauben Protestanten etwa gerne, ihre Kirche sei besonders entspannt und tolerant, wenn es um Sex geht. Auf die Katholiken und den Zölibat schaut man herab. In der Studie von 2014 kann man nachlesen, dass genau diese Entspantheit eines der Hauptprobleme im evangelischen Missbrauchs-komplex ist. So heißt es auf Seite 151: »Sexuelle Handlungen von Pastorinnen und Pastoren mit und an Jugendlichen nach Vollendung des 16. Lebensjahres und an jungen Erwachsenen sind in der Nordkirche, ebenso wie in anderen Landeskirchen, keine Einzelfälle.« Dennoch würde die Aufdeckung dieser Taten »bis zum heutigen Tag von Stimmen begleitet, die das Problem bagatellisieren«. Die Sicht auf die Wahrheit, die eigene Schuld, sei in der evangelischen Kirche verstellt. Überall lauerten »Wahrnehmungsblokkaden«.

Etwa bei der Reformpädagogik. Bereits 2010 schrieb der Theologe Dieter Müller: »Einen kaum zu übertreibenden Einfluss auf den kirchlichen Sexualdiskurs gewannen Pädagogen, Psychologen und Sexualwissenschaftler wie Helmut Kentler, Hartmut von Hentig oder Gerold Becker. Kentler war ein gefeierter Redner auf Kirchentagen, der

pädophile Odenwaldschulleiter Gerold Becker gehörte noch 1999 EKD-Bildungsgremien an.« Ein Satz, im Jahr 2010 im Sturm der Ereignisse zu Papier gebracht, der seitdem nach systematischer Aufarbeitung durch die Institution Kirche schreit. Doch zu der kam es nicht. Stattdessen schaut man bis heute an unbequemen Wahrheiten knapp vorbei. Und das gilt auch für Kirsten Fehrs. Kein Wort sagt die 2018 in Würzburg zu Kentler, Becker, von Hentig und der evangelischen Nähe zur Reformpädagogik. Dabei spricht Fehrs einige Tabuthemen durchaus an. Das Pfarrhaus etwa, das beim Missbrauch, so die Studie von 2014, oft auch Tatort ist, die gestörte Selbstwahrnehmung ihrer Institution und auch die Kraft, die die Akzeptanz der Wahrheit sie persönlich kostet. Die Tränen, die Fehrs dabei heruntergeschluckt, sind echt. Und doch trüben sie den Blick.

Im September 2021 verabschiedete die EKD eine Musterordnung für die vielen Kommissionen, die in den Landeskirchen Leistungen an Betroffene festsetzen. Die Ordnung schreibt vor, dass eine solche Kommission »unabhängig und nicht an Weisungen eines kirchenleitenden Organs oder einer anderen Stelle aus Kirche und Diakonie gebunden« sein darf. Kirsten Fehrs ist nicht nur Bischöfin in Hamburg. Sie ist seit 2021 auch Stellvertretende EKD-Ratsvorsitzende. Die Formulierung aus der Musterordnung findet sich beinahe wörtlich in einem Bericht ihrer nordkirchlichen »Unterstützungsleistungskommission« von 2020. Sie steht direkt unter einer Liste der Kommissionsmitglieder. Drei von vier Mitgliedern sind evangelische Funktionäre. Zwei sitzen in der Landessynode, eine ist Bischöfin: Kirsten Fehrs. Und an dieser Zusammensetzung hat sich laut Nordkirchen-Homepage bis heute nichts geändert. Ein Verstoß gegen die Musterordnung.

In dieses Dickicht aus Lebenslügen, gutem Willen und paradox verschobenen Perspektiven soll die ForuM-Studie im Herbst nun eine Schneise der Erkenntnis fräsen. Kann das gelingen? Die Frage nach möglichen Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit mit den Landeskirchen bei der Datenerhebung lässt Martin Wazlawik, der Sprecher der ForuM-Wissenschaftler, jedenfalls offen. Nur so viel: »Die Erhebung und Auswertung läuft noch.« Und: »Es ist unser Ziel, wenn alle Erhebungen planmäßig laufen, die Ergebnisse im Herbst 2023 zu veröffentlichen. Wir veröffentlichen die Ergebnisse als Forschende eigenständig, unabhängig von der EKD.«

Doch bis dahin kann noch viel passieren. Und man sollte nie unterschätzen, wie beharrlich der Mensch in der Institution aus Angst oder Gewohnheit unangenehme Wahrheiten von sich fernhalten kann. Immerhin: Einige Forscher, die bei ForuM dabei sind, haben auch schon bei der katholischen MHG-Studie oder Folgeuntersuchungen mitgewirkt. Sie kennen sich mit blockierten Systemen aus. Ob das reicht für eine Aufarbeitung, die mehr ist als Zahlensalat? Man wird sehen. Doch selbst dann ist die neue Studie kein Schlussstrich. Aus Erkenntnis folgen weitere Fragen, und fast immer sind sie unangenehm; davon können die Katholiken ein Lied singen. Genau darin liegt die Chance: Mit jeder Erkenntnis, die man zulässt, wird die Angst vor der Wahrheit kleiner. Studien, die aufrütteln können, dürfen nicht ungelesen in Schreibtischschubladen verschwinden. Jede sagt auf ihre Art: Das hier ist nicht das Ende, aber vielleicht ein Anfang.

Impressum

Redaktion:
Georg Löwisch (Chefredakteur, Vi.S.d.P.)
Merle Schmalenbach (Stellv. Chefredakteurin)
Raoul Löbber (Chefkorrespondent,
Mitglied der Chefredaktion), Andreas Öhler,
Christina Rietz, Kilian Trotter (Kordinator
ZEIT Sinn – Wofür leben wir?)
Gestaltung: Lucas Kramer, Rike Weiger
Bildredaktion: Antje Berghäuser (frei)
Korrektorat: Susanne Häfner (frei)

Christ & Welt wird herausgegeben von der
ZEIT:CREDO Verlags GmbH.
Geschäftsführer:
Rainer Esser, Patrik Schwarz

ZEIT:CREDO gehört zur
ZEIT-Verlagsgruppe Hamburg.
ZEIT:CREDO Verlags GmbH
Speersort 1, 20095 Hamburg
Telefon: (040) 32 80 00

Druck:
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH,
64546 Mörfelden-Walldorf

Anschrift Redaktion:
ZEIT:CREDO – Christ & Welt
Schöneberger Str. 21A, 10963 Berlin
Telefon: (030) 88 71 43 83
E-Mail: briefe.christundwelt@zeit.de
Internet: www.zeit.de/christundwelt

Abonnement Deutschland:
Abonnement DIE ZEIT
mit Christ & Welt
52 Ausgaben € 353,60;
Studentenabonnement DIE ZEIT
52 Ausgaben € 244,40
Abonnementbestellung
für die Extraausgabe der ZEIT
mit Christ & Welt:
Leser-Service, 20080 Hamburg
Telefon: (040) 42 23 70 70
Fax: (040) 42 23 70 90
oder **E-Mail:** abo@zeit.de

2010

In Deutschland werden Dutzende Missbrauchsfälle am katholischen Canisius-Kolleg und der Odenwaldschule aufgedeckt. Die Hamburger Bischöfin Maria Jepsen tritt nach einem Missbrauchsfall in der Nordelbischen Landeskirche zurück.

2014

Eine Untersuchung der Missbrauchsfälle in der Nordelbischen Landeskirche benennt systemische Ursachen für sexuelle Gewalttaten in der evangelischen Kirche: So etwa »verwahrloste institutionelle Strukturen« und interne »Wahrnehmungsblokkaden«.

2018

Eine Studie im Auftrag der deutschen Bischöfe stellt fest: Bei den Katholiken gab es mindestens 3677 Opfer und 1670 beschuldigte Kleriker. In Würzburg beschließt die EKD-Synode, eine eigene deutschlandweite Studie auszuschreiben.

2020

Ein Forschungsverbund aus Wissenschaftlern macht sich unter dem Titel »ForuM« daran, den evangelischen Missbrauch in Landeskirchen und Diakonie zu erforschen. Dafür wurden von der EKD 3,6 Millionen Euro bewilligt.

2023

Im Herbst sollen die Ergebnisse der ForuM-Studie vorgestellt werden. Bis Ostern müssen die Landeskirchen Zahlen zuliefern. Die Wissenschaftler sind unabhängig und können notfalls ohne Zustimmung der EKD ihre Studie veröffentlichen.

ANZEIGE

ZEIT EDITION

WISSENSWERT. TÖDLICH.

Die ZEIT-Edition »WISSENSCHAFTS-THRILLER«

\\ **Hochspannung trifft aktuelle Wissenschaft:** 7 anspruchsvolle Thriller zu verschiedenen Themengebieten, u.a. Medizin, Archäologie und Geologie

\\ **Ausgewogene Mischung** aus Bestseller-Autoren wie Jens Lubbaden und Harry Bingham sowie vielversprechenden Newcomern

\\ **Hochwertige Ausstattung:** 7 Hardcover mit Schutzumschlag und Lesebändchen im Schubler für 89,95 €*
* zzgl. 4,95 € Versandkosten | Bestell-Nr.: 44355 | Anbieter: Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG, Buceriusstraße, Hamburg

Jetzt bestellen: shop.zeit.de/thriller

7 packende Thriller im Schubler

